

Impulse der NRWSPD zur zukünftigen Staats- und Landesfinanzierung

5-Punkte, um unsere Zukunft zu finanzieren.

Für Familien, Arbeitnehmer*innen und eine starke Wirtschaft.

1 Nordrhein-Westfalen steht vor zentralen Weichenstellungen. Die Menschen im Land, die Betriebe
2 und die Beschäftigten – vom mittelständisch geprägten Ostwestfalen, über das industrielle
3 Ruhrgebiet bis hin zu den Grenzregionen im Westen des Landes – erleben tagtäglich, wie sich die
4 Arbeitslandschaft verändert: Unternehmen erneuern sich, wandern aus NRW ab und andere
5 siedeln sich neu an. Die Energie wird nachhaltig und erneuerbar. Internationale Konflikte haben
6 massive Auswirkungen auf das Leben jedes Einzelnen. Gleichzeitig fehlt es an bezahlbaren
7 Wohnräumen, Schwimmbäder schließen, die Schultoiletten bleiben unsaniert und der Verkehr
8 stockt.

9 Der Deutsche Gewerkschaftsbund in NRW hat im Jahr 2023 den zusätzlichen öffentlichen
10 Investitionsbedarf ermittelt, der nötig wäre, um diesen Investitionsstau anzugehen. Der DGB
11 kommt auf eine Summe von über 15 Mrd. € - in jedem Jahr! Dieses Geld ist notwendig, um die
12 Kommunen handlungsfähig und den Verkehr wieder fließend zu machen, um das Leben der
13 Menschen vor Ort einfacher zu gestalten, um den nachfolgenden Generationen eine gute
14 Bildungsinfrastruktur zu hinterlassen, um das Gesundheitssystem auf den Stand der Zeit zu
15 bringen und um Wohnen wieder bezahlbar zu machen. Die Leidtragenden verpasster
16 Zukunftsinvestitionen – die nicht zuletzt durch das Versagen und die Untätigkeit der schwarz-
17 grünen Koalition verursacht und verschlimmert werden – sind auch berufstätige Familien.
18 Umgekehrt werden vor allem sie es sein, die von einer Investitionsoffensive profitieren werden.

19 Die zukünftige Lebensqualität, der zukünftige Wohlstand und der Zusammenhalt in Nordrhein-
20 Westfalen hängen maßgeblich von der Lösung fünf drängender Probleme ab: 1. Der Bildungs- und
21 Betreuungskatastrophe, 2. der notwendigen Modernisierung von Wirtschaft, Energie und
22 Infrastruktur, 3. der Wohnungsnot, 4. dem der Erhalt und der Modernisierung der sozialen
23 Infrastruktur (insbes. Gesundheit und Pflege) und 5. der Finanzkrise der Kommunen.

24 Als nordrhein-westfälische SPD wollen wir die Frage beantworten, wie diese Investitionen
25 geleistet werden können. Gleichzeitig fordern wir Ministerpräsident Wüst auf, zu diesen zentralen
26 Zukunftsthemen endlich Stellung zu beziehen und sich den großen Aufgaben dieser Zeit zu stellen
27 – das Wegducken muss ein Ende haben! Denn was es jetzt braucht, ist neuer Schwung, sind mehr
28 Investitionen und ist mehr Zukunftsfähigkeit in unserem Land. Für uns ist klar, dass diese
29 Investitionsbedarfe nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Unzuständigkeit und

30 parteitaktische Fingerzeige - von der einen zur anderen Ebene, von Land zu Bund oder in die
31 Kommunen, werden dem Ernst der Lage nicht gerecht. Wir stehen dafür, dass innere, äußere und
32 soziale Sicherheit für unser Land gleichermaßen umgesetzt werden. Das gilt für uns auch und
33 insbesondere für den Sozialstaat. Mit der NRWSPD wird es keine Einschnitte in der sozialen
34 Versorgung der Bürgerinnen und Bürger geben.

35 Um die notwendigen Investitionen zu mobilisieren, fordern wir:

36 1. Eine Reform der Schuldenbremse

37 2. Einen Investitionsfonds für Infrastruktur und Wirtschaft

38 3. Eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen samt Altschuldenlösung und Stärkung der
39 Investitionsfähigkeit

40 4. Eine gerechte Erbschaftssteuer

41 5. Die Einführung einer Krisenabgabe

42

43 **1. Wir fordern eine Reform der Schuldenbremse.**

44 Nordrhein-Westfalen braucht moderne Schulen und verlässliche Kitas. Es braucht Bahnen, die
45 fahren, Brücken, die tragen und Krankenhäuser, die gut ausgestattet sind und eine gute
46 gesundheitliche Daseinsfürsorge garantieren. All das muss jetzt finanziert werden, auch über
47 Kredite. Die vor uns liegenden Weichenstellungen sind Generationenaufgaben. Unser Ziel ist es,
48 eine Gesellschaft des Respekts zu schaffen, die nicht nur in der Gegenwart, sondern auch für
49 kommende Generationen Bestand hat.

50 Zu oft wurde der Begriff Generationengerechtigkeit missbraucht, um den Sozialstaat zu
51 schwächen. Wir brauchen eine Richtigstellung des Begriffs: Generationengerechtigkeit bemisst
52 sich gerade nicht in Schulden oder an einer schwarzen Null. Wir vererben unseren Kindern in
53 erster Linie ein Land mit Infrastruktur und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Darum ist
54 Generationensolidarität für uns eine Frage der Verteilungs- und Chancengerechtigkeit. Wir sind
55 heute in der Pflicht, ein gutes Bildungssystem, eine starke Wirtschaft und eine funktionierende
56 Infrastruktur für alle zu schaffen. Die letzten Jahre haben zudem gezeigt, wie wichtig es ist große
57 Krisen abzusichern: Wir müssen klimaneutral werden, um zukünftigen Naturkatastrophen etwas
58 entgegenzusetzen, wir müssen unser Gesundheitssystem für weitere Pandemien wappnen und
59 wir müssen unser Land vor Krieg schützen und Frieden sichern. All das zu vernachlässigen, wäre

60 fahrlässig. Es geht um die Chancen auf ein gutes Leben für alle Generationen, heute und morgen.
61 Gerade als Sozialdemokratie dürfen und werden wir nicht zulassen, dass Alt gegen Jung
62 ausgespielt werden!

63 Vor fast 15 Jahren wurde die derzeit gültige Schuldenbremse im Grundgesetz verankert. Für uns
64 ist klar: Die Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form ist ein Relikt vergangener Zeit. Sie bremst die
65 notwendige Modernisierung, sie bremst die nötigen Investitionen, sie bremst den jetzigen
66 Wohlstand und den Wohlstand der nächsten Generationen und ist damit zum Standort- und
67 Wohlstandsrisiko für Deutschland geworden. Wir wollen die Schuldenregeln ändern, damit mehr
68 Investitionen in die Zukunft unseres Landes möglich sind. Wir orientieren uns dabei an den vielen
69 Erkenntnissen und Empfehlungen deutscher und internationaler Ökonom*innen. Auch im Ausland
70 reagieren viele dieser Wissenschaftler*innen mit Kopfschütteln, wenn in Deutschland
71 Politiker*innen in der derzeitigen Lage vor zu hohen Schulden warnen. Denn im internationalen
72 Vergleich lässt sich feststellen, dass unter den wirtschaftsstärksten Ländern, den G7, Deutschland
73 den mit großem Abstand niedrigsten Schuldenstand hat. Deutschlands Staatshaushalt hat – im
74 internationalen wie im historischen Vergleich – kein Schuldenproblem. Unsere aktuellen
75 (wirtschafts-)politischen Herausforderungen liegen in sinkenden Investitionen und unsere
76 (gesellschafts-)politischen Herausforderungen liegen in einer maroden Infrastruktur, die bei vielen
77 Menschen das Ansehen und Vertrauen in einen funktionierenden Staat bedrohen oder bereits
78 haben schwinden lassen. Meinungsumfragen lassen erkennen, wie sehr das inzwischen zu einer
79 Bedrohung für unsere Demokratie geworden ist – dort, wo Menschen den Staat als nicht mehr
80 funktionierend, nicht zuverlässig wahrnehmen, sind sie eher bereit, rechtspopulistisch zu wählen.

81 Für uns ist klar, dass heute anfallende Aufgaben weder zu Lasten zukünftiger Generationen
82 verschoben noch zu ihren Lasten finanziert werden dürfen. An diesem Prinzip halten wir fest. Eine
83 verantwortungsvolle Finanzpolitik trägt dafür Sorge, die Übertragung von finanziellen Altlasten
84 an nachfolgende Generationen zu vermeiden. Investitionen, die vor allem künftigen Generationen
85 Wohlstand und Lebensqualität schaffen, können hingegen sehr wohl zu einem erheblichen Anteil
86 sinnvoll über Kredite finanziert werden. Die Tilgung der Kredite erstreckt sich über die
87 Generationen, die von der Investition profitieren. Die Finanzierungslast liegt somit nicht allein auf
88 der heutigen Generation, sondern wird über die Zeit gestreckt und gerecht unter den von den
89 Zukunftsinvestitionen profitierenden Generationen verteilt.

90 Dabei reichen die Reformvorschläge für die Schuldenbremse mit Verweis auf die dann immer
91 noch geltenden EU-Schuldenregeln von der kompletten Streichung aus der Verfassung, über die
92 leichte bis starke Modifizierung der bestehenden Schuldenregel. Der wissenschaftliche Beirat des
93 Bundeswirtschaftsministeriums (BMWK) empfahl Ende 2023 die Weiterentwicklung der

94 Schuldenbremse hin zu einer Goldenen Regel Plus, wonach öffentliche Nettoinvestitionen, die
95 schuldenfinanziert sind, nicht auf die maximale Nettokreditaufnahme der Schuldenbremse
96 angerechnet werden, wenn deren investiver Charakter durch eine unabhängige Institution
97 bestätigt wird. Und zu Beginn dieses Jahres setzte sich der Sachverständigenrat der
98 Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – kurz die
99 Wirtschaftsweisen – an die Spitze der Debatte, indem die Schuldenbremse gleich an drei Stellen
100 angepasst werden soll. Erstens solle eine Übergangsphase nach einer Notlage geschaffen werden,
101 in der die Neuverschuldung schrittweise auf die Regelgrenze reduziert werde. Zweitens fordern
102 die Wirtschaftsweisen eine flexiblere und höhere Verschuldungsgrenze. Und schließlich drittens
103 schlägt der Sachverständigenrat ebenfalls eine Überarbeitung der Konjunkturkomponente vor.
104 Ähnlich hat sich nun auch der Internationale Währungsfonds IWF geäußert und empfiehlt, den
105 Spielraum für Schulden durch eine Grundgesetzänderung zu erhöhen. Wir begrüßen diese Vor-
106 schläge, bewerten diese nun in Ruhe und wollen für Mehrheiten werben, um kurz-, mittel- und
107 langfristige Lösungen zu finden, die Zukunftsinvestitionen in unseren Kommunen und in unserem
108 Land endlich in dem Maße ermöglichen, in dem diese nötig sind.

109

110 **2. Wir fordern einen Innovations- und Stabilitätsfonds.**

111 Als Ergänzung zu einer Reform der Schuldenbremse wurden von Expertinnen und Experten auch
112 aus der Wissenschaft Ideen entwickelt, die die Notwendigkeit zusätzlicher Finanzbedarfe für
113 Investitionen thematisieren: Zum einen wäre da beispielsweise der Vorschlag des Instituts der
114 deutschen Wirtschaft (IW) zu einem gesamtstaatlichen Transformations- und Infrastrukturfonds,
115 ausgestattet mit einer eigenen Kreditermächtigung, analog zur Grundgesetz-Lösung für das
116 Sondervermögen Bundeswehr. Zum anderen schlagen sowohl Wissenschaftlicher Beirat des
117 BMWK als auch ähnlich das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)
118 sogenannte „Investitionsfördergesellschaften“ bzw. „Öffentliche Investitionsgesellschaften“ vor,
119 um notwendige staatliche Investitionen über Kredite zu finanzieren. Um mit dem Grundgesetz
120 und der aktuell im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse kompatibel zu sein, müssen solche
121 Gesellschaften laut IMK rechtlich unabhängig sein und eine konkrete Sachaufgabe verfolgen,
122 beispielsweise selbst Planung und Bau von Infrastruktur vorsehen.

123 Wir setzen uns daher gemeinsam mit der SPD-Bundespartei dafür ein, dass über einen
124 „Deutschlandfonds“ Staat und private Investoren gemeinsam in Zukunftsprojekte investieren.
125 Das Geld dafür soll auch aus der Privatwirtschaft kommen. Dafür sind jetzt zügig die nötigen
126 Rahmenbedingungen zu schaffen.

127 Das Saarland hat mit der Schaffung eines „Transformationsfonds“ bereits eine Vorreiterrolle in
128 der Zukunftsfinanzierung eigenommen. Wir fordern von Ministerpräsident Wüst, dass NRW auch
129 eigene Gesellschaften gründet, die kreditfinanzierte Investitionen tätigen und Vermögen
130 aufbauen können.

131 Konkret fordern wir zur Sicherung von Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätzen einen
132 Innovations- und Stabilitätsfonds mit meinem Volumen von 30 Milliarden Euro. Dieser Fonds soll
133 durch strategische Unternehmensbeteiligungen das Eigenkapital der (mittelständischen)
134 Unternehmen stärken, ihre Unabhängigkeit sichern und ihre Kreditwürdigkeit deutlich erhöhen.
135 Auf diesem Wege bekommen die Industrie- und Technologieunternehmen genügend Mittel, um
136 schnell in neue ökologische und digitale Produktionsprozesse investieren zu können, ohne dass
137 der Unternehmenswert dadurch leidet. Der Fonds selbst soll sein Beteiligungsvolumen über
138 Anleihen auf dem Kapitalmarkt beschaffen. Damit können auch private Anleger*innen
139 investieren. Es handelt sich um ein Sondervermögen des Landes Nordrhein-Westfalen, das bei der
140 NRW.BANK angesiedelt und vom Land garantiert wird. Weil der Haushalt kaum belastet wird, fällt
141 der Fonds nicht unter die Regeln der Schuldenbremse. Entscheidend ist, dass mit Hilfe des
142 Stabilitätsfonds die Bonität des Staates für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit von
143 Unternehmen genutzt werden kann – ohne dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert
144 werden. Denn der Fonds baut schließlich ein Vermögen auf, das später wieder für das
145 Allgemeinwohl investiert werden kann.

146

147 **3. NRW ist am Zug: Für eine gerechte Finanzierung der Kommunen samt Altschuldenlösung** 148 **und Stärkung der Investitionsfähigkeit**

149 Unsere Kommunen sind der wichtigste Akteur, um den Menschen in NRW ein Leben mit
150 funktionierender Infrastruktur und öffentlicher Daseinsvorsorge zu garantieren. Hier schlägt das
151 Herz der Zukunftsinvestitionen. Hier geht es um die Straßen im Ort, um die Anschaffung von
152 Fahrzeugen für die Feuerwehr, die Errichtung eines Spielplatzes oder die Sanierung des
153 Schwimmbades. Unsere Kommunen können diese Investitionen nur leisten, wenn sie finanziell
154 handlungsfähig sind. In NRW brauchen die Kommunen darum eine strukturell bessere
155 Finanzausstattung. Die Wüst-Regierung ist in der Verantwortung, endlich die Handlungsfähigkeit
156 der Kommunen auch über einen größeren Anteil an der Steuerverteilung längerfristig zu sichern.
157 Stattdessen lässt Ministerpräsident Wüst die Kommunen im Dauerregen stehen:

158

159 • Kostensteigerungen im Kita- und OGS (offene Ganztagschule)-Bereich werden nicht
160 ausgeglichen. Bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung verweigert die
161 Landesregierung ein Landesgesetz. Dies insbesondere, weil ein solches Gesetz ggf. Konnexität
162 auslösen würde. Das Land wird sich jedoch nicht aus der Verantwortung stehlen können und muss
163 die notwendigen Kosten mittragen.

164

165 • Die NRW-Landesregierung beteiligt sich – anders als andere Landesregierungen – mit
166 keinem Cent an den Sozialkosten in den kommunalen Haushalten, insbesondere im Bereich der
167 Eingliederungshilfe.

168

169 • Im Bereich der Flüchtlingsunterbringung, -versorgung und -integration werden die
170 Kommunen im Stich gelassen. Gab es 2016 noch über 85.000 Plätze in Landeseinrichtungen,
171 mittlerweile gerade einmal bis zu 34.000. Und dass, obwohl in den letzten Monaten mehr
172 Menschen zu uns gekommen sind als 2015/2016. Die Pauschale nach dem
173 Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG-Pauschale) beruht weiter auf Daten aus dem Jahr 2017.
174 Seitdem sind die Kosten drastisch gestiegen. Das Land tut jedoch nichts. Vorhaltekosten für die
175 Unterbringung bleiben unberücksichtigt und auch bei den Gesundheitskosten beteiligt sich die
176 Landesregierung nicht.

177

178 • In Folge des „Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie und dem Krieg gegen
179 die Ukraine folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen“, mit
180 dem Kommunen Krisenausgaben zunächst in Schattenhaushalten parken und ab 2024 über 50
181 Jahre abschreiben können, schlummern in den kommunalen Haushalten finanzielle Schäden
182 zwischen 6 und 10 Milliarden Euro, die durch die Landesregierung nicht thematisiert werden.
183 Dazu hat die Landesregierung die Kommunen gezwungen und bietet auch weiterhin keine Lösung
184 oder finanzielle Beteiligung an.

185 Wir schlagen vor, den Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände an den Verbundsteuern in
186 einem ersten Schritt von derzeit 23 Prozent auf zunächst 24 Prozent anzuheben sowie in einem
187 zweiten Schritt unter Voraussetzungen auf 25 Prozent. Die Landesregierung muss zügig handeln,
188 damit sich die Lage der Kommunen in Nordrhein-Westfalen nicht weiter verschlechtert.

189 Schon heute haben zahlreiche der am meisten verschuldeten Kommunen aus eigener Kraft keine
190 Chance, wieder aus der Verschuldungsfalle herauszukommen. In NRW belaufen sich die
191 Altschulden auf um die 20 Mrd. Euro. Wenn man in dieser Lage nicht hilft, lässt man die Menschen
192 in diesen Städten im Stich und die sozialen Gräben in unserem Land reißen weiter auf.

193 Bereits im Jahr 2019 hat der damalige Bundesfinanzminister Olaf Scholz einen ersten Vorschlag
194 zur Lösung der Altschuldenproblematik gemacht. Wir begrüßen, dass der Bund seinen Vorschlag
195 mit dem Koalitionsvertrag unterstrichen und ein klares Angebot zur Lösung der Altschulden
196 gemacht hat. Der Bund ist bereit die Hälfte der übermäßigen Liquiditätskredite jener Kommunen
197 zu übernehmen, die sich nicht aus eigener Kraft aus ihrer Situation befreien können. Wir wollen,
198 dass NRW diese ausgestreckte Hand des Bundes ergreift und die andere Hälfte der Entschuldung
199 mit dem Landeshaushalt stemmt. Scheinlösungen, die vorsehen diesen Länderanteil zu Lasten der
200 anderen Kommunen zu finanzieren lehnen wir ab. Klar ist, dass Bund, Land und Kommunen im
201 Rahmen einer Altschuldenlösung gemeinsam eine Antwort auf die Frage entwickeln müssen, wie
202 zukünftig ein erneuter Aufbau derart großer Liquiditätskredite verhindert werden kann.

203 Für eine Beteiligung des Bundes an einer kommunalen Altschuldenlösung bedarf es einer
204 grundgesetzändernden 2/3-Mehrheit im Bundestag und Bundesrat. Zum Wohle NRWs werben
205 wir für diese und fordern die Union auf, ihre Blockadehaltung gegenüber der Altschuldenlösung
206 endlich zu beenden.

207

208 **4. Wir wollen die Erbschafts- und Schenkungssteuer modernisieren!**

209 Um die Normalverdiener*innen, die Mittelschicht zu entlasten, unterstützen wir die durch den
210 Bundesparteitag der SPD beschlossenen Vorschläge zur Einkommenssteuerreform, die Gering-
211 und Normalverdiener*innen entlasten und einen kleinen Prozentteil der allerhöchsten
212 Einkommen dafür stärker belasten würde. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit und würde dafür
213 Sorge tragen, das Leben für Normalverdiener*innen einfacher zu machen.

214 Wir fordern zusätzlich einen fairen Lastenausgleich in der Finanzierung der staatlichen
215 Zukunftsaufgaben und setzen uns daher für eine faire Erbschaftssteuer zum Wohle der
216 Generationengerechtigkeit ein.

217 Als zweiten Punkt wollen wir endlich die tiefe Ungerechtigkeit in der Erbschaftssteuer beenden.
218 Derzeit zahlen viele Bürgerinnen und Bürger auf vergleichsweise kleine und mittlere Erbschaften
219 hohe Steuern – die Erben von Multimillionär*innen oder Milliardär*innen zahlen oft einen
220 deutlich geringeren Steuersatz. Wir setzen uns für eine effektive Mindestbesteuerung und

221 gerechte Steuersätze ein. Unser Ziel ist es, die zur Reduzierung der Erbschaftssteuer genutzten
222 Steuervermeidungstricks von Multimillionären und Superreichen endlich gesetzlich zu
223 unterbinden!

224 Wenn das vererbte Vermögen – beispielsweise in einem Familienbetrieb – gebunden ist, finden
225 wir sachgerechte Lösungen. Für uns ist klar: Viele Familienbetriebe sind wichtige Arbeitgeber mit
226 guten Arbeitsbedingungen für ihre Beschäftigten. Diese wollen wir erhalten und daher z.B. über
227 angepasste Stundungslösungen die Zahlung der Erbschaftssteuer über längere Zeiträume
228 ermöglichen. Uns geht es um eine praktikable und faire Lösung, die niemanden überfordert und
229 gerecht ist!

230 Die Mehreinnahmen aus einer Reform der Erbschaftssteuer wollen wir vor allem in die
231 Bildungsinfrastruktur investieren. So finanzieren die Reichsten der Reichen die Modernisierung
232 der Schulen mit – auch das ist für uns Ausdruck einer gerechten Lastenteilung! Als Ländersteuer
233 kommen die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer direkt dem Länderhaushalt in NRW zu Gute.

234

235 **5. Gerechte Lastenteilung durch eine Krisen-Abgabe für die Reichsten der Reichen.**

236 Verteilungsfragen drängen in der Zeitenwende wieder auf die Agenda. Bund, Länder und
237 Kommunen haben in den vergangenen Jahren mit Rekordausgaben die multiplen Krisen in Schach
238 gehalten: Unternehmen wurden gerettet, Arbeitsplätze wurde gesichert und soziale Notlagen
239 verhindert. Diese Ausgaben wurden mit Krediten finanziert, für die Zinsen anfallen und die getilgt
240 werden müssen. Aus sozialdemokratischer Perspektive ist für uns klar: Die soziale Absicherung in
241 Krisenzeiten darf nicht gegen notwendige Investitionen in beispielsweise die
242 Verteidigungsbereitschaft, den Kampf gegen den Klimawandel, Energie- und Verkehrssysteme,
243 Bildungsgerechtigkeit, bezahlbaren Wohnraum oder unser Gesundheitssystem ausgespielt
244 werden.

245 Arbeitnehmer*innen und ihre Familien, Rentner*innen und junge Menschen haben ihren Beitrag
246 für die Bewältigung der vielen Krisen bereits geleistet. Viele mussten durch die Pandemie, die
247 Inflation und die Energiekrise Kaufkraftverluste verschmerzen. Krisen führen dazu, dass die
248 Vermögensverteilung immer weiter auseinanderdriftet.

249 Deshalb muss gerade jetzt gelten: Finanziell starke Schultern müssen mehr tragen als schwache.
250 Dafür brauchen wir wirksame Instrumente, darum fordern wir eine einmalige solidarische Krisen-
251 Abgabe, die einen starken Gerechtigkeitsimpuls in Krisenzeiten gibt und zugleich zusätzliche

252 finanzielle Spielräume schafft, um die großen Transformationsaufgaben zu bewältigen und den
253 gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern.

254 Es ist unsere Aufgabe den Menschen Sicherheit zu bieten und gleichzeitig die Voraussetzungen
255 für eine innovative, solidarische und nachhaltige Zukunft zu schaffen. So können wir den
256 gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie stärken sowie auch unseren Beitrag
257 zum Klimaschutz leisten.